

Wider den Zeitgeist? Konflikt und Deeskalation im West-Berlin 1949 bis 1965



VON
DANIEL SCHWANE

Vom Prozess wachsender alliierter Divergenzen nach 1945 war der Berliner Stadtorganismus mehr als jeder andere Ort in Deutschland und Europa betroffen. Er führte zu seiner allmählichen Spaltung und zur Entstehung zweier selbstständiger Halbstädte. Die Existenz West-Berlins hemmte die ordnungspolitischen Vorstellungen der SED sowie die innere Entwicklung der DDR. Doch der sich entwickelnde Kalte Krieg zwischen Ost und West schuf hier besondere Reibungsflächen, aber auch Berührungspunkte, die Kommunikation, aber auch politische, wirtschaftliche sowie kulturelle Kontakte selbst in den Phasen härtester Konfrontation ermöglichten. Vor diesem Hintergrund ist die Hypothese, dass es in der Zeit nach der Blockade von 1948/49 bis in die Jahre 1964/65 Personen und Institutionen gegeben hat, die politische Ideen, Konzepte und praktische Ansätze zur Deeskalation des Ost-West-Konflikts entwickelt haben, Ausgangspunkt einer systematischen Untersuchung. Es wird deutlich, dass die Versuche, die Berliner Lage zu entkrampfen, bereits vor dem Mauerbau 1961 in der gespaltenen Stadt selbst begannen. Den ausgewählten Fallstudien ist die Suche nach einer Entkrampfung und Deeskalation der angespannten Situation gemeinsam. Doch stand die Arbeit vor dem Problem, dass die meisten in Frage kommenden Beispiele nur unzureichend dokumentiert sind und sich deshalb kaum Material in den Archiven befindet. Daher mussten Fälle ausgewählt werden, die sowohl relevant für die genannte Fragestellung, als auch hinreichend dokumentiert sind. Dies schien für die Bereiche Wirtschaft, Journalismus sowie Kultur am günstigsten zu sein.

Die Begriffe „Entkrampfung“ und „Entspannung“ sind von zentraler Bedeutung: Die Forschung sieht den Beginn einer Entspannungspolitik in der Abkehr des Westens von der Politik der Verweigerung offizieller Gespräche mit der SED nach dem Mauerbau. Mit den Berliner Passierscheinverhandlungen von 1963 fand diese Haltung erstmals Eingang in die praktische Politik.

Der in dieser Arbeit verwendete Begriff „Entkrampfung“ bezeichnet Aktivitäten, die zeitlich und inhaltlich dem Prozess der „Entspannung“ vorausgingen. Sie nahmen im Westteil Berlins ihren Anfang und zielten auf eine Überwindung der fortschreitenden Spaltung ab. „Entkrampfung“ bedeutete inhaltlich die Herstellung einer vertrauensbildenden Atmosphäre, in der Maßnahmen zur weitergehenden Normalisierung erst möglich wurden, ohne jedoch die eigene Sicherheit und die alliierten Rechte in Berlin zu gefährden. Der westliche Alleinvertragsanspruch, der direkte Verbindungen offizieller Stellen mit DDR-Amsträgern ausschloss, führte dazu, dass Journalisten – aber auch Geschäftsleute – die Funktion übernahmen,

Verbindungen nach Ost-Berlin zu schaffen. Dies waren im Konkreten Gespräche zwischen beiden Seiten, die Schaffung von informellen Kontakten, und auch der Versuch, wie in der Fallstudie „Wirtschaft“ erkennbar, unter anderem durch die Presse die öffentliche Meinung in West-Berlin zu beeinflussen.

Die Arbeit stützt sich vor allem auf unveröffentlichte Archivmaterialien, aber auch publizistische Dokumente sowie die Befragung einiger Akteure und anderer Zeitzeugen. Insgesamt stellt sich die Quellsituation als kompliziert dar, da zum einen das selbst gesteckte Ziel, eine Vorgeschichte der Entspannung zu schreiben, auf die Schwierigkeit stößt, dass viele der Initiativen – im Gegensatz zur „offiziellen“ Geschichte der politischen Beziehungen – nie schriftlich fixiert worden sind. Andererseits sind für die Arbeit wichtige Dokumente z. B. der Berliner Industrie- und Handelskammer aus der Zeit der fünfziger und sechziger Jahre nicht überliefert.

Die erste Fallstudie Wirtschaft beschäftigt sich mit Ansätzen von Entkrampfung im West-Ost-Handel in den Jahren 1949 bis 1963 und deren öffentlicher Wahrnehmung. Hier ist das einflussreiche Mitglied des „Ausschusses zur Förderung des Berliner Handels“, der Chefredakteur der Wochenzeitung „Berliner Wirtschafts-Blatt“ und Unternehmer Fredrik de Haas von Interesse. Er setzte sich für eine Verbesserung der politischen Lage durch eine Intensivierung der wirtschaftlichen Beziehungen im Interzonenhandel ein. Seine wirtschaftlichen, publizistischen und anderen Aktivitäten konterkarierten einerseits die offizielle, restriktive Handelspolitik der Bundesrepublik gegenüber der DDR. Andererseits trafen sie in Teilen der durch die ökonomische Spaltung von Auszehrungsprozessen betroffenen West-Berliner Wirtschaft auf Zustimmung, was wiederum zunehmend Handlungszwänge bei den politisch Verantwortlichen in West-Berlin und Bonn entstehen ließ.

Ein Protagonist der zweiten Fallstudie für den Bereich Journalismus ist der Redakteur der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ in Berlin, Hansjakob Stehle. Inspiriert durch die innenpolitischen Veränderungen in Polen trat er in den späten fünfziger und frühen sechziger Jahren in seinen Artikeln und Büchern für einen Abbau der Konfrontation zwischen Ost und West ein. Stehle hoffte, dass sich längerfristig auch in der SED „liberale“ Kräfte durchsetzen würden. Er wurde im Umfeld der Passierscheinverhandlungen 1963 vom Chef des Landespresseamtes und SPD-Mitglied Egon Bahr beauftragt, den Austausch von Meinungen und Informationen zwischen West und Ost zu intensivieren, Kontakte zu arrangieren und damit zu einer Beruhigung der Situation beizutragen.

In derselben Fallstudie wird Stehle der bekannte Journalist und Publizist Matthias Walden (eigentlich Eugen Wilhelm Otto Baron von Saß) gegenüber gestellt. Walden konnte aus politisch-moralischen Erwägungen keine Dialogbereitschaft gegenüber dem Osten akzeptieren. Gegenüber den Passierscheinverhandlungen und der Formel „Wandel durch Annäherung“ nahm er eine ablehnende Position ein. Walden war der Überzeugung, dass eine mögliche Aufwertung des SED-Regimes als Preis für die Passierscheine zu hoch sei. Er stand damit im Gegensatz zu Stehle. Besonders im Umfeld der Passierscheinverhandlungen wird deutlich, dass der von Walden favorisierte strikte Ablehnungskurs immer weniger dem Willen

der Mehrheit der Bevölkerung West-Berlins entsprach. Vor dieser Folie werden die gegenläufigen Politisierungen beider Personen in der Fallstudie gegenüber gestellt und bewertet.

In der dritten Fallstudie Kultur schließlich wird für die 60er Jahre gefragt, aus welchen politischen Motivationen, Ideen und Erfahrungen heraus die studentischen Initiatoren und Beteiligten der an der Technischen Universität 1964/65 organisierten „Siegmunds Hofer Gespräche“ West-Ost-Verbindungen knüpften und welche Auswirkungen dies auf die polarisierte Berliner Öffentlichkeit im Westteil der Stadt hatte. Die erste Hälfte der sechziger Jahre in Berlin ist, sowohl was ihre Bedeutung als Zeit der wachsenden innerdeutschen literarischen Kontakte betrifft wie auch als eine Zeit des Beginns von studentischen kulturpolitischen Aktivitäten, die auf eine Entkrampfung des Verhältnisses zwischen Ost und West abzielten, bisher kaum untersucht worden. In vielem scheint diese Zeit bisher im „historischen Windschatten“ der viel stärker im Gedächtnis haften gebliebenen kulturpolitischen Umwälzungen der Jahre nach 1968 zu liegen und wurde daher kaum als untersuchenswerte Periode wahrgenommen. Zum andern scheinen gerade die frühen sechziger Jahre in der Wahrnehmung der Forschung stark durch den Kalten Krieg überschattet zu sein, so dass das eigenständige historische Profil dieses Untersuchungszeitraums, bislang kaum zu Geltung kam. Die „Siegmunds Hofer Gespräche“ machen deutlich, dass die offiziellen kulturellen Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten sowohl den diplomatischen Verhandlungen als auch dem wirtschaftlichen Austausch hinterherhinkten.

Bei den ausgewählten Fallbeispielen gilt das Interesse denjenigen Konzeptionen und Akteuren, deren Engagement weitgehend in Vergessenheit geraten ist, die jedoch das öffentliche Leben West-Berlins in der Zeit des Kalten Krieges mitprägten. Sie zeigen exemplarisch, dass sich im Kleinen ein alternatives Denken und Handeln entwickelte, das die großen politischen Konzepte vorwegnahm und begleitete. Sie weisen aber auch auf ihre Grenzen im Kalten Krieg hin. Gleichzeitig wird klar, dass sich durch die Krisen 1948/49 und 1958–1961 der Zeitgeist im durch den Kalten Krieg stark betroffenen West-Berlin zwar besonders antikommunistisch artikulierte, sich nach dem Mauerbau jedoch ein allmählicher Wandel im öffentlichen Bewusstsein vollzog und zunehmend Stimmen für weitere Kontakte mit der Ostseite laut wurden.

Es wird deutlich, dass die Konfrontation im Ost-West-Verhältnis nach 1947/48 zwar dominierte, zugleich aber in einem Wechselverhältnis zur Entkrampfung stand. Dies gilt für „kalte Krieger“ glei-

chermaßen wie für diejenigen Akteure, die aus unterschiedlichen Gründen Deeskalation als Vorbedingung sowohl für die Lösung kleiner innerstädtischer als auch großer deutscher und europäischer Probleme erachteten. Gefahreninterpretation und tatsächlicher Aufrüstungsprozess standen im Denken und Handeln der Beteiligten in enger Korrelation zueinander. Gleichzeitig wirkten Ereignisse – z. B. die Berlinkrisen 1948 und 1958 sowie die gefährliche Doppelkrise von 1961/1962 (Berlin und Kuba) – prägend gerade auf das Problembewusstsein von politisch engagierten Personen. Des Weiteren werden die sich aus Systemkonkurrenz, unterschiedlichen politischen Interessen, Einflüssen vor Ort, persönlichen Motiven und einer besonderen territorialen Lage ergebenden Abhängigkeiten und Wechselwirkungen erörtert: In welcher Nähe zu politischen Entscheidungsprozessen befanden sich die hier behandelten Untersuchungsbereiche, welche direkten oder mittelbaren Einflussmöglichkeiten hatten die im Projekt thematisierten Kräfte? Welche Motive oder verschiedenen Interessen standen hinter ihren Vorschlägen zum Abbau der Konfrontation? Wie nutzten und erweiterten sie ihre Handlungsspielräume? Trifft es zu, dass die Ideen der damaligen Akteure tatsächlich *per se* von den politischen Entscheidungsträgern ignoriert bzw. von vornherein durch die Interessen der einen oder anderen Seite beeinflusst wurden?

Die Arbeit untersucht demnach wie die genannten Akteure und Initiativen die politische Debatte in West-Berlin mitbestimmten, wie sie versuchten, auf die Ost-Berliner Seite Einfluss zu gewinnen, und wie konkrete Kontakte und Kooperationen zustande kamen. So ergibt sich in Abhängigkeit von internationalen, nationalen und lokalen Entwicklungen ein komplexes Bild, das exemplarisch analysiert wird. Es ist ein Anliegen dieser Studie, durch einen genaueren Blick die Vorstellung des monolithischen Kalten Krieges detaillierter differenzieren zu können. Die Fallstudien vermögen herauszustreichen, wie in Teilen West- und Ost-Berlin im Verständnis der Akteure und Bewohner noch nach 1948 ein Verflechtungsgebiet politischer Kommunikation, alltäglicher Aufeinanderbezogenheit sowie kultureller Interaktion waren.

DANIEL SCHWANE, 1972 in Berlin geboren, seit Januar 2002 Stipendiat der Stiftung, studierte von 1993 bis 2001 Neuere/Neueste Geschichte, Mittelalterliche Geschichte, Politikwissenschaft und Germanistik in Berlin und Krakau. Nach seinem Studienabschluss arbeitete Schwane zunächst für das Deutsch-Polnische Jugendwerk in Potsdam, u. a. als Übersetzer für den Band „Gedenken und Erinnern“ (Hrsg. vom DPJW).